

OMV— Report



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Südwestsachsen

Jahrgang 1, Ausgabe 3, 22. Dezember 2008

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr



*Von Kai Hähner (Vorsitzender OMV
Südwestsachsen)*

**Liebe Mitglieder und Freunde der
OMV,**

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Die CDU konnte bei den Kreistags- und Landratswahlen ihre führende Rolle im Freistaat bestätigen und ausbauen. Dies kann aber nicht Anlass sein, sich auf Errungenen auszuruhen. Das nächste Jahr stellt uns vor große Herausforderungen. Der Wähler wird fünfmal an die Wahlurne gerufen. Sicherlich werden die Bundes- und Landtagswahlen die größte Aufmerksamkeit erzielen. Aber wir dürfen auch nicht die Kommunalwahlen am 7. Juni vergessen. In den Gemeinderäten vor Ort lässt sich für die kulturelle Ar-

beit der Vertriebenen und Spätaussiedler viel erreichen. Die OMV möchte diese Tätigkeit auch weiterhin unterstützen. Umso wichtiger ist ein erfolgreiches Abschneiden nicht nur der CDU sondern besonders der Kandidaten der OMV bei den Kommunalwahlen am 7. Juni. Ich bitte Sie uns auf diesem Weg zu unterstützen. Gern möchte ich Sie schon heute auf unsere erste Veranstaltung im neuen Jahr hinweisen. Voraussichtlich im Februar werden wir uns mit der Thematik Dokumentationszentrum und dessen aktuellen Stand beschäftigen.

Herzlich möchte ich mich bei allen Mitgliedern und Freunden der OMV für die geleistete Arbeit und breite Unterstützung bedanken. Ich wünsche Ihnen besinnliche Feiertage im Kreise der Familie und alles gute im Neuen Jahr.

Vertreibungsthema verbindlich an Niedersachsens Schulen

Zu der Entscheidung der niedersächsischen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann, „Flucht und Vertreibung“ mit Beginn des neuen Schuljahres zum verbindlichen Unterrichtsthema zu machen, erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter):

Die OMV begrüßt die Entscheidung der niedersächsischen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU), Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und den südosteuropäischen Ländern mit Beginn des neuen Schuljahres zum verbindlichen Unterrichtsthema in den allgemeinbildenden Schulen Niedersachsens zu machen.

Hiermit wird eine langjährige Forderung der OMV Niedersachsen nunmehr in die Tat umgesetzt. Die OMV hatte bereits auf dem Landesparteitag 2004 der niedersächsischen CDU einen Antrag durchgesetzt, in dem die Landesregierung einstimmig aufgefordert wurde, durch eine stärkere Thematisierung von Flucht und Vertreibung der Deutschen mit all ihren Folgen im Schulunterricht, der Geschichte des deutschen Ostens den ihr gebührenden Raum einzuräumen, damit diese nicht dem

Vergessen anheim gegeben wird und daraus politische Konsequenzen in der Zukunft gezogen werden.

Herzlich danke ich Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann sowie dem Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, dem Landtagsabgeordneten Rudolf Götz, für ihren Einsatz und die konsequente Umsetzung dieser Forderung. Gerade der Landesbeauftragte hat sich vehement für die verbindliche Berücksichtigung des Themas im Unterricht eingesetzt. Zu Recht hat Götz kürzlich darauf hingewiesen, dass der Wiederaufbau Niedersachsens nach dem Krieg vor allem durch das Engagement der Heimatvertriebenen ermöglicht wurde. 1,2 Millionen (darunter 800.000 Schlesier) sind damals nach Niedersachsen gekommen. Sie haben nicht resigniert, sondern sich mit Mut und Weitsicht in das gesellschaftliche Leben integriert.

Heute hat jede dritte Familie in Niedersachsen einen Vertriebenenbezug. Da die Erlebnisgeneration der Vertriebenen kleiner wird, ist es wichtig, die Erinnerung an die Nachkriegsjahre wach zu halten, denn Freiheit und Frieden müssen von jeder Generation entweder erarbeitet oder bewahrt werden.

Pressemitteilung OMV, Berlin den 27. August 2008

Wir haben viel erreicht - BdV begrüßt Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Zu dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach:

Der Bund der Vertriebenen begrüßt die Entscheidung des Deutschen Bundestages, in Berlin eine Stätte zum Gedenken an Flucht und Vertreibung zu errichten. Das leidvolle Erbe der deutschen Vertriebenen wird durch diese Stiftung im kollektiven Gedächtnis Deutschlands verankert.

Ohne uns deutsche Heimatvertriebene, ohne unsere gemeinnützige Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, die ihre Arbeit intensiv fortsetzen wird, wäre dies nicht möglich geworden. Seit der Gründung unserer gemeinnützigen Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN im September 2000, als die Idee einer Dokumentationsstätte in Berlin geboren wurde, wurde ein langer beschwerlicher Weg mit vielen Unterstützern, aber auch zahlreichen Gegnern zurückgelegt. Wir haben viel erreicht und danken allen Unterstützern die diesen Weg engagiert gemeinsam mit uns gegangen sind. Ein besonderer Dank gilt Peter Glotz, dem verstorbenen Co-Vorsitzenden unserer Stiftung. Wir freuen uns, dass sich letztlich die Vernunft und das Mitgefühl durchgesetzt haben.

Wir begrüßen, dass diese Bundesregierung Flucht, Vertreibung und Versöhnung zu einem Thema des gesamten deutschen Volkes gemacht hat. Das ist gelebte Solidarität mit dem leidvollen Erbe der Vertriebenen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Wort gehalten. Sie hat schon im Jahr 2005 als Oppositionsführerin in Ihrer Festrede zum Tag der Heimat festgestellt: *„Wir müssen die Geschichte von Flucht und Vertreibung als Teil unserer gesamtdeutschen Geschichte ansehen und wir müssen sie weitervermitteln. Dies gehört für mich zum historischen Bestand unserer Nation und zu einer zukunftsfähigen Kultur des Erinnerns. Dies hat nichts mit einer Umschreibung der Geschichte zu tun.“*

Der Name der Stiftung ist Programm. Wir unterstützen es voll und ganz. Versöhnung ist nur durch Erinnerung und Empathie möglich. Daran wollen wir mitwirken.

Als Verband und mit unserer Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN haben wir uns aus Überzeugung und Anteilnahme an die Seite aller anderen Vertreibungsoffer gestellt, unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit. Deshalb war und ist unsere Idee europäisch ausgerichtet und deshalb begrüßen wir, dass dieser Gedanke auch in der Konzeption der staatlichen Stiftung aufgenommen wurde.

Mehr als 60 Jahre sind seit Beginn der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen vergangen; seit mehr als 50 Jahren gibt es den Bund der Vertriebenen, in dem sich die Vertriebenen zur gegenseitigen Hilfe und Solidarität zusammengeschlossen und mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ihren Willen zur Versöhnung bekundet haben. Vertriebene und Einheimische sind in einem zuweilen schmerzlichen Prozess zusammengewachsen.

Die Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ setzt jetzt ein wichtiges Zeichen. Sie kommt spät, aber nicht zu spät.

Ich appelliere an alle Beteiligten, gemeinsam und unvoreingenommen am Erfolg der Stiftung mitzuarbeiten. Wenn das Vorhaben der Stiftung gut gelingt, und ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingt, dann werden die deutschen Heimatvertriebenen sich hier angekommen und angenommen fühlen können. Und für die Erlebnisgeneration wird es am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat.

Pressemitteilung BdV, 5. Dezember 2008

Impressum: Der OMV-Report wird als Mitgliederzeitung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Südwestsachsen (OMV) herausgeben. ViSdP ist der Vorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Kai Hähner. Angaben nach § 6 TDG/§ 10 MDStV: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Kontakt: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Südwestsachsen, c/o CDU Chemnitz, Markt 5, 09111 Chemnitz
Telefon: 0371-6661955, Fax: 0371-6664945, e-mail: info@omv-suedwestsachsen.de

Vorstand: Kai Hähner (Vorsitzender), Jörg Unger (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Helmut Rotsch (Schatzmeister), Adolf Braun (Beisitzer), Falk Haude (Beisitzer), Rudolf Meinel (Beisitzer), Christian Zapp (Beisitzer), Alexander Schulz (beratendes Vorstandsmitglied)
